

RESOLUTIONSENTWURF ZUR MIGRATIONSPOLITIK

des Bezirksvorstands der CSU Niederbayern
zum Bezirksparteitag am 18. Juli 2015 in Essenbach

Die CSU Niederbayern steht uneingeschränkt dazu, Menschen, die politisch verfolgt sind oder aus Bürgerkriegsgebieten kommen und somit Schutz bedürfen, zu helfen. In unseren Kommunen und von ehrenamtlichen Helfern werden unglaubliche Anstrengungen unternommen, um Flüchtlingen Schutz und eine vorübergehende Heimat zu bieten. Für diese Leistung sind wir sehr dankbar und zugleich stolz auf das Engagement unserer Bürger. Gerade Kinder, Jugendliche und Frauen bedürfen in dieser für sie schwierigen Situation unserer besonderen Unterstützung, um die Folgen von Gewalt, Vertreibung und Flucht aufzuarbeiten.

Die aktuellen Aufgriffszahlen von Asylbewerbern und Flüchtlingen haben allerdings eine Dimension erreicht, dass man sich fragen muss, wie dieser Ansturm längerfristig bewältigt werden kann. Manche Beobachter sprechen schon von einer neuen Völkerwanderung nach Europa, deren Ende aufgrund der Krisen weltweit nicht absehbar ist. Angesichts dieser Zahlen muss überlegt werden, wie das Asylrecht in seiner ursprünglichen Konzeption auf diese außergewöhnliche Situation angepasst werden kann und eine praktische Umsetzung in einem vertretbaren Maße möglich ist.

1. Völlig überfüllte Erstaufnahmeeinrichtungen, provisorische Zelte und Notunterkünfte in Turn- und Eishallen sind keine dauerhafte Lösung. Hinzu kommen die explodierenden Zahlen von unbegleiteten Minderjährigen, die gerade die Jugendämter in den Grenzlandkreisen besonders in Anspruch nehmen. Die Einrichtung einer zentralen Erstaufnahmeeinrichtung für unbegleitete Minderjährige ist unerlässlich. Völlig inakzeptabel ist die Praxis, dass die Landkreise viel zu spät und nicht vollständig Kostenersatz für ihre Auslagen erhalten. Das Kinder- und Jugendhilfegesetz ist kein brauchbares Instrument für die Bewältigung des Zustroms junger Flüchtlinge. Der Vollzug muss im Asyl- und Ausländerrecht geregelt werden.
2. Die Verteilung unbegleiteter Minderjähriger innerhalb Bayerns und jetzt auch Deutschlands ist auf dem richtigen Weg. Es bedarf allerdings kurzfristig neuer rechtlicher Grundlagen, etwa in Form einer Verordnung. Das Prinzip der Freiwilligkeit hat sich hier nicht bewährt.

3. Die Asylverfahren müssen deutlich beschleunigt werden. Es kann nicht sein, dass Monate bis zur ersten Anhörung vergehen. Wir begrüßen, dass bis zum Jahr 2016 beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) rund 2650 Stellen geschaffen werden, um die Verfahren zu beschleunigen. Mehr Personal benötigen auch die Polizei und die betroffenen Kommunen und Landkreise. Möglichkeiten für Kürzungen von Leistungen bei Asylmissbrauch sollen erweitert werden. Zudem erwarten wir eine finanzielle Beteiligung des Bundes an den Asylkosten. Abgelehnte Asylbewerber müssen konsequent und zügig zurückgeführt werden. Denn der Stellenzuwachs beim BAMF ist nur sinnvoll, wenn auch tatsächlich konsequent durch die Länder abgeschoben wird. Winterabschiebestopps - etwa in die Balkanstaaten - sind kontraproduktiv. Asylbewerbern aus sicheren Herkunftsstaaten, ausreisepflichtigen Asylbewerbern und so genannten Dublin-Fällen darf in Deutschland keine Arbeitserlaubnis mehr erteilt werden.
4. Die Einstufung von Albanien, Montenegro und dem Kosovo als weitere sichere Herkunftsländern ist unerlässlich. Wir unterstützen zudem Überlegungen, vorübergehend und in bestimmten Fällen eine Visumpflicht - insbesondere für die Balkanstaaten - einzuführen. Die EU-Beitrittsstaaten auf dem Balkan müssen sich ihrer Verantwortung stärker bewusst sein. Dies muss auch bei anstehenden Verhandlungen deutlich gemacht werden. Bei Antragstellern aus sicheren Drittstaaten müssen die Leistungen deutlich gekürzt werden. Ebenso muss eine Umstellung von Geld- auf Sachleistungen durch eine entsprechende Formulierung im Asylbewerberleistungsgesetz erfolgen.
5. Wir fordern scharfe Kontrollen an den EU-Außengrenzen wie auch eine entschlossenere Bekämpfung des Schleuserunwesens mit ausgedehnten Maßnahmen. Wir begrüßen ausdrücklich die Initiative von Bayerns Innenminister Joachim Herrmann, die Schleierfahndung zu intensivieren.
6. Die Migrationsströme sind eine Herausforderung für ganz Europa. Deshalb müssen auch alle EU-Staaten Verantwortung übernehmen. Es kann nicht sein, dass wenige Staaten einen Großteil der Flüchtlinge aufnehmen. Wir unterstützen die Initiativen für einen festen Solidarmechanismus (Quoten) und eine lückenlose Registrierung bei der Ersteinreise. Eine massive Ausweitung der legalen Migration nach Europa lehnen wir ab. Diese Maßnahmen sind kontraproduktiv, um Flüchtlingsströme zu verringern und in den Herkunftsstaaten Zukunftschancen zu eröffnen.

Auf Dauer kann die Akzeptanz für unser Asylsystem nur dann in der Bevölkerung sichergestellt werden, wenn Missbrauch entschlossen bekämpft wird. Deshalb ist es wichtig, dass sich die Politik ernsthaft und verantwortungsbewusst mit den Herausforderungen beschäftigt. Staatliches Handeln soll im Interesse des sozialen Friedens dabei auch immer klar zwischen der Schutzbedürftigkeit von Verfolgten und Flüchtlingen auf der einen Seite und dem massenhaften Missbrauch des Asylrechts unterscheiden. Diesen Missbrauch darf die Politik weder verharmlosen, geschweige denn dulden. Missbrauch schadet letztlich denen, die unsere Hilfe dringend benötigen.